

## AL verlangt Volksabstimmung über PJZ-Kredit

Mit Haken und Ösen hat es der Regierungsrat geschafft, die Krediterhöhung beim Polizei- und Justizzentrum (PJZ) auf knapp 30 Mio Franken zu drücken. Dies allerdings nur um den Preis der Auslagerung verschiedener ursprünglich vorgesehener Nutzungen der Kantonspolizei, für die die Kosten anderweitig anfallen. Angesichts der Krediterhöhung bei gleichzeitiger Nutzungsauslagerung, der angespannten Finanzlage des Kantons und der angekündigten Sparprogramme verlangt die Alternative Liste (AL) eine erneute Volksabstimmung über den bereinigten Gesamtkredit.

### Bilanzkosmetik: Kosten werden ausgelagert

Das heute vom Regierungsrat präsentierte Projekt soll 568.6 Mio Franken kosten. Das ist zwar nicht mehr soviel wie im Februar 2009 angekündigt, aber immer noch 29.6 Mio Franken mehr als der teuerungsbereinigte Kredit, wie er im November 2003 vom Volk mit dem PJZ-Gesetz bewilligt worden ist. Die Anfang 2009 angekündigten höheren Mehrkosten konnten nur reduziert werden, weil verschiedene wesentliche Nutzungen – Spezialfahndung, Einsatzzentrale KAPO, verkehrspolizeilicher Einsatzdienst, Rechenzentrum – aus dem PJZ ausgelagert und an anderen Standorten realisiert werden sollen. Damit wird zwar der PJZ-Kredit optisch entlastet, aber die Kosten fallen einfach andernorts an.

### Weniger für mehr Geld: Volk muss mitreden können

Trotz der um 29.6 Mio Franken höheren Gesamtkosten beantragt der Regierungsrat, den Gesamtbetrag durch den Kantonsrat unter Ausschluss des Referendums bewilligen zu lassen. Faktisch bekommen die StimmbürgerInnen für mehr Geld weniger als sie 2003 bestellt haben. Angesichts dieser Tatsache und nicht zuletzt angesichts der veränderten Finanzlage des Kantons verlangt die AL, dass der Regierungsrat die Gesamtkosten inkl. der ausgelagerten Nutzungen offenlegt und dass der bereinigte Gesamtkredit der Volksabstimmung unterbreitet wird. Das Volk muss Gelegenheit haben sich zu äussern, ob es an diesem Luxusprojekt festhalten will.

### Verdeckte Kosten

In diesem Zusammenhang weist die AL darauf hin, dass im vorgelegten Baukredit vom Regierungsrat als gebunden betrachtete Ausgaben für Rückbaukosten in bestehenden Liegenschaften und technische Einrichtungen nicht enthalten sind. Sie werden in der Weisung nicht beziffert, dürften aber gemäss früheren Angaben weitere 55 Mio Franken ausmachen. Unklar ist auch, wo die im Februar 2009 aufgeführten 13 Mio Franken Projektentwicklungskosten verschwunden sind.

Zürich, 13. April 2010

Für die Alternative Liste: Niklaus Scherr

Für Rückfragen: Markus Bischoff 079 211 81 66  
Niklaus Scherr 044 241 77 18